

Das extralegale Sanktionsregime der EU

03. Januar 2026 Von: [Pascal Lottaz](#) in [Geschichte](#), [Politik](#)

Die Sanktionen der EU gegen ihre eigenen Bürger und Einwohner sind eine schreckliche Entwicklung in Richtung einer totalitären Zukunft. Ihre extralegale Natur verleiht ihnen ihre Kraft. – Der Versuch einer Erklärung.

Für viele von uns in der alternativen Medienwelt war es ein Schock, als die EU am 15. Dezember den angesehenen Analytiker, politischen Kommentator und ehemaligen Oberst der Schweizer Armee [Jacques Baud](#) auf ihre Sanktionsliste gegen Russland setzte. Er war einer von mehreren neu sanktionierten Personen (neben beispielsweise dem beliebten französischen Journalisten [Xavier Moreau](#)). Baud ist bereits der zweite Schweizer, gegen den Sanktionen verhängt wurden. Im Juni 2025 gab die EU bekannt, dass Nathalie Yamb, eine schweizerisch-kamerunische Aktivistin gegen Neokolonialismus, sanktioniert werde.

Auf der Sanktionsliste der EU zu stehen, ist für die betroffenen Personen ein verheerendes Ereignis, insbesondere wenn sie in einem EU-Land oder einem eng verbundenen Staat wie der Schweiz, Norwegen oder dem Vereinigten Königreich leben. Das bedeutet, dass Banken ihre Konten einfrieren, Kreditunternehmen ihre Karten sperren, sie keine Verträge mit EU-verbundenen Unternehmen oder Privatpersonen abschließen dürfen und kein Unternehmen in der EU mit ihnen Geschäfte machen darf, was ihnen theoretisch sogar den Kauf von Brot und anderen Lebensnotwendigkeiten unmöglich macht. Darüber hinaus werden viele internationale Unternehmen alle ihre Dienstleistungen für sie einstellen, darunter auch E-Mail-Anbieter, Social-Media-Plattformen usw. Selbst Schweizer Banken sperren oder kündigen Konten aus Angst, dass sie in Schwierigkeiten geraten könnten, wenn sie sich nicht an die EU-Vorschriften halten. Ich habe kürzlich zwei sanktionierte Personen interviewt, [Nathalie Yamb](#) und [Hüsseyin Dogru](#), und ihre Aussagen sind herzerreißend. Eine ebenso erschütternde Schilderung von Jacques Baud findet man im [jüngsten Interview mit ihm](#) auf Nima Alkhorshids Kanal „Dialogue Works“. Nathalie hat auch das folgende kurze Video gepostet, in dem sie einen Überblick über die Tortur gibt (Beitrag auf Französisch, Untertitel auf Englisch): [Nathalie Yamb](#) Pour tous ceux qui veulent savoir ce que ça signifie être placé sous sanctions de l'Union européenne et quels seront les impacts pour Jacques Baud ou Xavier Moreau, je partage d'expérience, puisque je suis la première suisse sanctionnée (depuis le 26 juin 2025).

Sind Sanktionen gegen EU-Bürger und -Einwohner illegal?

Anfang Januar 2026 standen 59 Privatpersonen auf der Sanktionsliste der EU gegen Russland. Ursprünglich wurde dieses Instrument nur gegen russische Geschäftsleute und in Russland lebende Personen eingesetzt (was meiner Meinung nach bereits problematisch war), aber seit 2024 nutzt die EU Sanktionen als politisches Druckmittel, um gegen verschiedene Formen von Dissens vorzugehen. Yamb beispielsweise wurde vor allem wegen ihres Aktivismus gegen das neokoloniale Verhalten Frankreichs in Afrika sanktioniert, Dogru wegen seines Engagements als deutscher Journalist für die palästinensische Sache. Die [kleinen Textausschnitte](#), die als Begründung für die Entscheidung dienen, sie in die Sanktionsliste aufzunehmen, erwähnen sogar diese nicht mit Russland zusammenhängenden Aktivitäten für ihre Aufnahme in die Liste.

Natürlich würde man annehmen, dass in einer freien und liberalen Gesellschaft, die auf Rechtsstaatlichkeit basiert, Sanktionen gegen Bürger und Einwohner illegal sein müssen. Richtig? Tatsächlich hat der EU-Parlamentarier Michael von der Schulenburg [einen Bericht](#) in Auftrag gegeben, dessen Urteil sehr eindeutig ist. Sanktionen, so heißt es darin, verstoßen gegen geltendes EU-Recht zu den individuellen Freiheiten ([siehe mein Interview mit ihm hier](#)).

Das Problem ist jedoch, dass Sanktionen zwar zweifellos gegen bestimmte EU-Rechtsvorschriften verstoßen, es aber andere EU-Rechtsvorschriften gibt, die es dem Rat erlauben, diese Maßnahmen zu ergreifen. Verfahrenstechnisch verstößt die EU nicht gegen ihre Zuständigkeiten, da Sanktionen keine innerstaatliche Angelegenheit, sondern eine außenpolitische Entscheidung sind.

Außenpolitik für innenpolitische Zwecke

Ich werde nicht auf die Einzelheiten der Vorwürfe gegen die sanktionierten Personen eingehen. Das wäre nebensächlich. Ob die für die Sanktionen angegebenen Gründe stichhaltig sind oder nicht, ist nicht das Thema. **Das Problem, das jeder verstehen sollte, ist, dass die Vorwürfe kein rechtswidriges Verhalten darstellen müssen. Es gibt keine Gesetze in der EU oder ihren Mitgliedstaaten, die das verbieten, was die Personen auf der Russland-Sanktionsliste getan haben. Im Gegenteil. Viele der Aktivitäten, darunter zivilgesellschaftliches Engagement (Nathalie Yamb), Journalismus (Hüsseyin Dogru) oder die Veröffentlichung geopolitischer Analysen (Jacques Baud), sind ausdrücklich geschützte Freiheiten.**

Das ist der springende Punkt. **Da die begangenen Handlungen keine Straftaten sind, handelt es sich bei den Sanktionen gegen sie auch nicht um gerichtliche Maßnahmen. Die EU sagt dies ausdrücklich auf ihrer [Erklärungsseite](#) zu Sanktionen:**

Restriktive Maßnahmen oder „Sanktionen“ sind ein wesentliches Instrument der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU. Sie ermöglichen es der EU, **auf globale Herausforderungen** (sic) und Entwicklungen zu reagieren, die ihren Zielen und Werten zuwiderlaufen.

Entscheidungen über Sanktionen werden vom Rat der Europäischen Union einstimmig getroffen.

EU-Sanktionen sind gezielt und richten sich gegen diejenigen, die für die Politik oder Handlungen verantwortlich sind, auf die die EU Einfluss nehmen möchte. Sie richten sich nicht gegen ein Land oder eine Bevölkerung.

Sanktionen sind **keine Strafmaßnahmen** (sic), sondern zielen darauf ab, eine Änderung der Politik oder des Verhaltens der Betroffenen herbeizuführen, um die Ziele der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU zu fördern.

Großartig, nicht wahr?

Die EU hat es geschafft, ein System zu schaffen, in dem die Exekutive im Rahmen ihrer *außenpolitischen Befugnisse* das Recht hat, das Verhalten ihrer Bürger als „unerwünscht“ zu bezeichnen und dann die denkbar drakonischsten Maßnahmen zu verhängen – und das alles ohne Gerichtsverfahren oder Verurteilung. Alles, was Baud, Yamb, Dogru und andere getan haben (und immer noch tun), ist in der EU

völlig legal. Aber der Rat der Europäischen Union hat die Befugnis, ihnen Zwangsmaßnahmen aufzuerlegen, um sie zu einer Verhaltensänderung zu „ermutigen“. Und da die Mitgliedstaaten vertraglich verpflichtet sind, EU-Sanktionen umzusetzen, gibt es für die Opfer keine Möglichkeit, sich an nationale Gerichte zu wenden.

Was für eine Leistung. Die EU hat die rechtlichen Schutzmaßnahmen ihrer Mitgliedstaaten gegen willkürliche politische Verfolgung heimlich ausmanövriert.

Nicht illegal. Außerhalb des Gesetzes.

Ich denke, dies ist der Schlüssel zum Verständnis der aktuellen Ereignisse: Die Sanktionen sind **nicht illegal**, da sie nicht gegen Protokolle verstoßen. Sie sind Teil der Befugnisse, die der EU-Rat durch den Vertrag von Lissabon erhält, und sie basieren auf einem festgelegten und klar definierten Verfahren. Sie sind im rein formalen Sinne des Wortes legal (abgesehen von den Fragen des Konflikts mit anderen Bereichen des EU-Rechts, die im Bericht von von der Schulenburg aufgeworfen werden). Die Sanktionen schaffen ein Regime, das die Umgehung von Schutzmaßnahmen gegen politische Verfolgung ermöglicht. In diesem Sinne müssen sie als **außerrechtliche Maßnahmen** verstanden werden. Sie schaffen einen Raum für die Verfolgung von Menschen, die nicht dem uns bekannten Rechtssystem unterliegen.

Aus diesem Grund gelten die üblichen Grundsätze der Gerechtigkeit nicht für die Frage der Sanktionen. Ein ordnungsgemäßes Verfahren, die Unschuldsvermutung, das Recht, vor einer Verurteilung angehört zu werden, usw. All diese Grundpfeiler des Rechtssystems kommen nicht zum Tragen, da die Sanktionen selbst keine gerichtlichen Maßnahmen sind.

Die einzige Möglichkeit, die den Opfern dieses Systems bleibt, ist die Berufung beim Europäischen Gerichtshof (EuGH). Aber – und hier kommt ein sehr großes Aber – der EuGH prüft nur, ob die Sanktionsentscheidung formal konsistent ist. Er prüft nicht, ob die Vorwürfe und das verhängte Sanktionsregime verhältnismäßig sind oder die Grundrechte der sanktionierten Personen verletzen. Der EuGH stellt nur sicher, dass die angegebene Begründung korrekt ist. Das bedeutet, dass der EuGH nur dann eine Anordnung an den EU-Rat erlassen kann, die Betroffenen von der Liste zu streichen, wenn diese nachweisen können, dass die kurze Beschreibung in der Sanktionsdatenbank sachlich falsch ist. Sind die Anschuldigungen jedoch stichhaltig, wird der EuGH die Sanktionen aufrechterhalten. Solange der Rat also in der Begründung für die Sanktionen nicht lügt, ist so gut wie alles erlaubt. Der EuGH überlässt es dem EU-Rat, die politische Bedeutung der Sanktionierung einer Person zu beurteilen. Er mischt sich nicht in die Logik der Verhängung von Sanktionen ein. Das klingt unglaublich, aber [ich habe mit einer Sanktionsrechtsexpertin, Alexandra Hofer](#) von der Universität Utrecht, gesprochen, und sie erklärt die Situation so.

Und um die Sache noch schlimmer zu machen: Selbst wenn der EuGH feststellt, dass der Rat eine falsche Begründung verwendet hat (d. h. die Anschuldigungen sind Lügen), kann der Rat die Personen jederzeit einfach mit einer angepassten Begründung wieder auf die Liste setzen. Dann beginnt für die Betroffenen der juristische Zirkus von Neuem, da sie einen neuen Fall vor den EuGH bringen müssen. Dies geschah beispielsweise [Petr Aven und Mikhail Fridman](#), zwei russischen Geschäftsleuten, die 2024 ihren Prozess gegen den EU-Rat gewonnen

haben, aber bis heute mit einer angepassten Begründung [auf der Sanktionsliste](#) stehen. **Der EU-Rat hat praktisch absolute und unbegrenzte Macht darüber, wer sanktioniert wird.**

Das Recht der sanktionierten Personen, beim EuGH Berufung einzulegen, ist bestenfalls ein dünnes Feigenblatt, mit dem die EU vorgibt, dass ein ordnungsgemäßer Rechtsweg möglich ist. Tatsächlich macht es die Gewährung dieser Form des vorgegebenen Zugangs zum EuGH den Opfern (wahrscheinlich) noch schwerer, vor anderen Gerichten zu gewinnen. Da die Sanktionen beispielsweise eine schwere Verletzung ihrer Menschenrechte darstellen, steht außer Frage, dass Menschenrechtsgerichte (von denen es mehrere gibt) genutzt werden könnten, um das Regime anzufechten. Eine der größten Hürden für ein Tätigwerden der Gerichte ist jedoch der [Nachweis, dass alle innerstaatlichen Rechtsmittel](#) ausgeschöpft wurden. Bevor der EuGH befasst wird, sind die Chancen für die Opfer, dass ein Menschenrechtsgericht ihren Fall aufgreift, daher relativ gering (dennoch sollten die Opfer diesen Weg mit ihren Rechtsbeiständen wahrscheinlich prüfen).

Die Waffen nach innen richten

Ich wünschte, ich könnte sagen, dass dies das erste Mal ist, dass eine westliche Institution der Zivilgesellschaft einen so schmutzigen Streich spielt. Aber das ist nicht der Fall. Wie Nathalie Yamb [in meinem Interview mit ihr](#) betonte, wenden die EU-Länder und die USA seit Jahrzehnten Sanktionen an, um Aktivisten und Journalisten in Afrika und anderswo unter außergerichtlichen Druck zu setzen. Tatsächlich handelt es sich hierbei um ein typisches neokoloniales Verhalten. Deshalb können wir nicht über Sanktionen diskutieren, ohne die ungelöste koloniale Mentalität Europas anzusprechen.

Auch die USA haben Sanktionen als Mittel eingesetzt, um gegen legales Verhalten vorzugehen, beispielsweise mit ihrem Angriff auf Mitarbeiter des Internationalen Strafgerichtshofs (ICC) oder zuletzt mit den Sanktionen gegen die UN-Sonderberichterstatterin für die besetzten palästinensischen Gebiete, Francesca Albanese.

So wie der Patriot Act nach dem 11. September 2001 der US-Regierung plötzlich die Möglichkeit gab, Sicherheitsdienste intern einzusetzen, die eigentlich nur zum Schutz der Nation vor externen Feinden gedacht waren, verwandelt die Ausweitung der EU-Sanktionen auf Personen innerhalb der EU (oder des Schengen-Raums) ein schmutziges Instrument der Außenpolitik in ein noch hässlicheres Instrument der Innenpolitik.

Die Waffen, mit denen man außerhalb schmutzige Kämpfe führt, werden nun nach innen gerichtet. Dies ist ein Paradebeispiel dafür, warum Schweigen, wenn unsere Staaten im Ausland Verbrechen begehen, uns letztendlich im Inland einholen wird. Die Hühner kommen nach Hause, um zu schlafen. Leider sind wie immer die ersten, die darunter leiden, diejenigen, die bereits gegen die Ungerechtigkeiten im Ausland gekämpft haben. Nathalie Yamb ist das beste Beispiel dafür.

Derzeit gibt es in der Blogosphäre und in den Mainstream-Medien verschiedene Experten, die mehr oder weniger argumentieren: „Das haben sie verdient, Verräter.“ Auch diese Menschen werden eines Tages verstehen, was dieses System bedeutet,

wenn es sich in seinem drakonischen Umfang weiterentwickeln und wachsen darf. Bis dahin wird es zu spät sein. Entweder hört das jetzt auf, oder die Zukunft für Freiheit und Demokratie in der EU ist düster.

Journalisten der „liberalen“ ZEIT nennt Journalist Roger Köppel „Verräter“. Das ist das „Diskurs“-Niveau, mittlerweile. Die intellektuelle Entkernung im Journalismus schreitet voran. @ulrikeguerot @Weltwoche @KoeppelRoger

Der eurokratische Tod der Demokratie

Meine einzige Hoffnung liegt in einem Aufstand der Bevölkerung gegen dieses Sanktionsregime des Untergangs. Politische Unterdrückung erfordert politische Antworten. Es wird jedoch viel nötig sein, um diesen Geist wieder in die Flasche zu bekommen. Selbst auf nationaler Ebene scheinen die Mitgliedstaaten mit dem neuen Instrument recht zufrieden zu sein.

Florian Warweg, ein mutiger deutscher Journalist, der zuvor in meiner Sendung zu Gast war, hat am 17. Dezember bei der Bundespressekonferenz die Regierungssprecher zum Fall Jacques Baud und dessen Rechtmäßigkeit befragt. Die selbstgefällige Antwort, die er von Martin Giese vom Auswärtigen Amt erhielt, sagt uns fast alles, was wir darüber wissen müssen, wie diese grauen Bürokraten ihre Handlungen wahrnehmen und was sie vorhaben:

(...) Menschen, die solche Dinge tun, können sanktioniert werden, wenn die rechtlichen Grundlagen dafür gegeben sind und wenn es eine entsprechende Entscheidung des Rates der Europäischen Union gibt. Das ist am Montag geschehen, **es wird weiterhin geschehen, es ist in der Vergangenheit geschehen, und jeder, der in diesem Bereich tätig ist, muss damit rechnen, dass es auch ihm passieren könnte.** (...)

Alle, die mit ihrer Sanktionierung nicht einverstanden sind, haben alle möglichen rechtlichen Mittel, um dagegen vorzugehen. Sie können beim Rat Berufung einlegen und den Fall auch vor den Europäischen Gerichtshof bringen.

Was für ein offensichtlicher Einschüchterungsversuch. Das scheint ein ziemlich eindeutiges Eingeständnis zu sein, dass noch mehr kommen wird. **Schließlich haben die Sanktionen, wie ich oben dargelegt habe, rein formal gesehen eine rechtliche Grundlage, und die Betroffenen können sich tatsächlich an genau die Institution wenden, die die Sanktionsentscheidung getroffen hat, und an deren Ja-Sager-Gericht, das nur die Formalitäten überprüft. Klingt sehr fair, oder?**

Da haben wir es. So stirbt die Demokratie (wieder einmal). Durch Exekutivverordnungen und bürokratische Selbstgefälligkeit. Gut gemacht, Europäische Union.

-Ende des Artikels-

Weitere Links zu diesem Thema:

[Das extralegale Sanktionsregime der EU](#)

[Europa – Meinungsfreiheit und Frieden? | Von Bernhard Oberrauch](#)

[Die EU sanktioniert Jacques Baud- „Wie ein Blitz aus heiterem Himmel“](#)

[EU sanktioniert einen ehemaligen Geheimdienstler der Schweiz - News – SRF](#)

[EU-Sanktionsliste- Jacques Baud erleidet «bürgerlichen Tod»](#)

[Florian Warweg auf X- „#Bundesregierung begrüßt EU-Sanktionierung des Militäranalysten #JacquesBaud](#)

[Florian Warweg in BPK 17.12.2025](#)

[Regierungspressekonferenz vom 17. Dezember 2025](#)

[Jacques Baud- Unter EU-Sanktionen – Der Westen im Krieg gegen die Wahrheit – YouTube](#)

[Steinhöfel zum Fall Jacques Baud- -Bald müssen die USA uns ein zweites Mal befreien- — RT DE](#)

[Steinhöfel zum Fall Jacques Baud- -Bald müssen die USA uns ein zweites Mal befreien-rumble](#)

[Was die EU-Sanktionen gegen Jacques Baud und deren Begründung über den Zustand der EU aussagen – Anti-Spiegel](#)

[Die USA zensieren die Zensoren — RT DE](#)

[-Demokratische- Existenzvernichtung- EU und Bundesregierung jagen Dissidenten — RT DE](#)

[Einsperren, Aussperren, Wegsperrern - Von Paul Clemente](#)

[Debanking als politische Waffe - Overton Magazin](#)

[EU verfolgt Bürger in Deutschland – Tod durch Sanktionen – YouTube](#)

[Peter Borbe auf X- „Allein der Gedanke, dass Weltwoche-Chefredakteur Roger Köppel auf die EU-Sanktionierungsliste kommen könnte](#)

[WELT-Artikel zu Köppel, Baud](#)

[Wie der Deutsche Journalistenverband seinen Feind liebt — RT DE](#)

[Brüssels Verrat an Europas Werten](#)

[EU-Sanktionen gegen Einzelpersonen als Symptom eines strukturellen Demokratiedefizits](#)

[Der Bannstrahl der EU gegen kritische Publizisten geht auf einen NATO-Gipfelbeschluss von 2023 zurück](#)

[Internationale Solidarität mit Jacques Baud: „EU-Sanktionen sind illegal“](#)

[Bis hierher und nicht weiter!](#)